

Paul Nolte
**Was ist
Demokratie?**
Geschichte
und Gegenwart

A series of red silhouettes of human hands and arms raised in various gestures, including pointing, open palms, and the 'rock on' hand sign, set against a white background.

beck[!]sche
reihe

Paul Nolte

Was ist Demokratie?

Geschichte und Gegenwart

Verlag C.H.Beck

Zum Buch

Demokratie ist aktuell wie kaum zuvor – und wirft Fragen auf. Am Anfang des 21. Jahrhunderts steht Euphorie unmittelbar neben tiefer Enttäuschung, der arabische Frühling in der islamischen Welt neben der Occupy-Bewegung und «Wutbürgern» im Westen. Gerade die Deutschen erhoben die Demokratie nach 1945 zu einem Denkmal, dem man mit Ehrfurcht begegnete. Aber die dramatisch wachsende Politikverdrossenheit und ein neues Phänomen wie «Stuttgart 21» zeigen, dass auch hierzulande die Zweifel zunehmen, ob die eingespielten Verfahren der parlamentarischen Demokratie wirklich noch ihrem zentralen Auftrag gerecht werden – den Willen des Volkes zu repräsentieren.

Paul Nolte zeigt in seiner Darstellung, die historische Perspektiven, grundsätzliche Fragen und aktuelle Probleme brillant miteinander verbindet, dass die Geschichte der Demokratie nie nur von Wachstum, Fortschritt und Erfüllung handelte. Sie war immer zugleich eine krisenhafte Suche nach der Auflösung von Konflikten und Widersprüchen. Sein neues Buch, das erfrischend unprofessoral geschrieben ist, bietet einen fulminanten, glänzend informierten Überblick über die politische Lebensform «Demokratie».

Über den Autor

Paul Nolte, geb. 1963, ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin und Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin. Bei C.H. Beck sind u.a. seine Bücher «Die Ordnung der deutschen Gesellschaft» (2000), «Generation Reform» (6/2005) und «Riskante Moderne» (2006) erschienen.

1. Auflage. 2012
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2012
Umschlaggestaltung: malsyteufel, willich
Umschlagabbildung: © Melonstone/Dreamstime – 18833644
ISBN Buch 978 3 406 63028 6
ISBN eBook 978 3 406 63029 3

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel
sowie versandkostenfrei auf unserer Website

www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere
Informationen.

INHALT

I Einleitung: Fragen an die Demokratie	9
II Anfänge	
1 Nicht wir: Die Erfindung der Demokratie in Athen	26
2 Herrschaft des Volkes: Funktionsweisen der athenischen Demokratie	34
3 Die römische Republik – die andere antike Demokratie?	38
4 Ein ferner Spiegel: Antike und moderne Demokratie	44
5 Feudalismus und Monarchie: Die europäische Vormoderne	50
6 Städte, Gemeinden, Republiken: Anfänge der Demokratie seit dem Spätmittelalter	54
7 Wilhelm Tell im 19. Jahrhundert: Die Schweiz als Stammland der Demokratie?	62
8 Aufbrüche und Grenzen: Die Aufklärung	67
III Revolutionen	
1 Revolution und Demokratie	74
2 Revolution, Republik, Parlament: England im 17. Jahr- hundert	77
3 Unabhängigkeit, Republik und Verfassung: Die Amerika- nische Revolution	79
4 Freiheit, Gleichheit – Schreckensherrschaft? Die Französische Revolution	84
5 Neuordnung der Welt: Revolution und demokratische Gesellschaft	90
6 Demokratie und Scheitern in der deutschen Revolution von 1848/49	94
7 Nationalismus und Demokratie	99
8 Demokratische Revolutionen im 20. Jahrhundert	103
IV Ordnungen	
1 Parlamente: Die Begründung der repräsentativen Demokratie	108

2	Überzeugungen und Interessen: Ursprünge der Partei- bildung	114
3	Anerkannter Dissens: Opposition	121
4	Gewaltenteilung: Die drei Säulen der Demokratie	124
5	Wahlen in der Demokratie: Grundrecht und Konflikt- kultur	129
6	Rechtsstaat und Demokratie	139
7	Religionsfreiheit: Grenzen des Staates, Freiheit des Gewissens	142
8	Menschenrechte, Bürgerrechte, Grundrechte	148
9	Verfassung: Aufgeschriebene Demokratie	153
10	Gute Bürger? Der Streit um demokratische Tugenden	158
11	Öffentlichkeit: Marktplatz der Meinungen, Kritik der Macht	163
12	Jenseits der repräsentativen Demokratie?	168

V Expansionen

1	Demokratie nach Besitz: Das Zensuswahlrecht	174
2	Individuum und Assoziation: Tocqueville in Amerika	179
3	Fundamentalpolitisierung: Das allgemeine Interesse an der Politik	183
4	Die britischen Wahlrechtsreformen im 19. Jahrhundert	187
5	Sklaverei, Union, Demokratie: Der amerikanische Bürger- krieg	191
6	Grenzen der Demokratisierung: Das deutsche Kaiser- reich 1871–1918	196
7	Siedlergesellschaften: Gewalt und expansive Freiheit	201
8	Das Frauenwahlrecht: Die andere Hälfte der Demokratie	206
9	Arbeiterbewegung und soziale Demokratie	211
10	Der Sozialstaat: Sicherheit, Inklusion, Verwirklichungs- chancen	216
11	Die Wellen der Demokratisierung im 20. Jahrhundert	222

VI Krisen

1	Kein Triumph der Demokratie: Die Massengesellschaft um 1900	226
2	Demokratie als Auslaufmodell: Die Vorzüge der Diktatur	234
3	Nach dem Ersten Weltkrieg: Der kurze Frühling der europäi- schen Demokratie	239

4	Russland: Von der Räte­demokratie zur Diktatur Stalins	246
5	Unter dunkler Wolke: Amerikanische Demokratie in der Zwischenkriegszeit	252
6	Carl Schmitt: Demokratie jenseits des Liberalismus?	258
7	Demokratie ohne Demokraten? Die Weimarer Republik	265
8	Volksstaat und Volksgemeinschaft: Das «Dritte Reich»	271
9	Nach 1945: auch eine Krisengeschichte	278

VII Lernprozesse

1	Neue Bescheidenheit: Der realistische Demokratie­begriff der 1940er Jahre	284
2	Demokratieimport: Westdeutsche und Amerikaner seit 1945	293
3	Konsequenzen: Demokratie im Grundgesetz	302
4	Nicht nur die Bundesrepublik: Neue Demokratien in Japan, Indien und Israel	311
5	Mittel- und Osteuropa: Kommunismus gegen Demokratie	317
6	Die Freiheit des Westens: Demokratie als Kampfideologie im Kalten Krieg?	324
7	Jenseits des Grundgesetzes: Das lange Lernen der Demokratie	332
8	Notstand der Demokratie? Die Ängste der 1960er Jahre	341
9	«Mehr Demokratie wagen»: Der Streit um die Herrschafts- form als Lebensstil	348
10	Amerika und Europa: Protestbewegungen und partizi- patorische Demokratie seit den 1960er Jahren	356

VIII Erweiterungen

1	Zivilgesellschaft in Ost und West	369
2	«Wir sind das Volk»: Bürgerbewegung, Demokratie und Revolution 1989	378
3	Jenseits des Nationalstaats: Demokratie in Europa – europäische Demokratie?	383
4	Die Macht der Verbraucher und der Aufstieg des Konsum- bürgers	389
5	Vernünftiger Konsens, machtvolle Konflikte: Der Streit um die «deliberative Demokratie»	395
6	Stachel oder Alternative? Die Rückkehr der direkten Demokratie	400

7 Digitale Demokratie: Freiheit im Internet	407
8 Anwälte und Kläger: Eine Demokratie der Verantwortlichkeit	413
9 Von der klassischen zur multiplen Demokratie	421

IX Spannungslinien

1 Miteinander und Gegeneinander: Markt und Kapitalismus	426
2 Zwischen Ungleichheit und Gerechtigkeit	432
3 Demokratische Gewalt, demokratischer Frieden	438
4 Der Staat als Helfer und Hindernis	445
5 Verwischte Grenzen? Transformationsländer und defekte Demokratien	450
6 Kampf der Kulturen? Islam und Demokratie	455
7 Westlicher Sonderweg oder Weltdemokratie	461
8 Jenseits der Demokratie?	467
9 Was habe ich von der Demokratie?	474

Nachwort	478
Nachweise und Literatur	480
Personenregister	508

I Einleitung: Fragen an die Demokratie

Demokratie ist aktuell wie kaum zuvor – und wirft Fragen auf. Am Anfang des 21. Jahrhunderts steht Euphorie unmittelbar neben tiefer Enttäuschung. Gerade für Deutsche stand die Demokratie, nach 1945, lange Zeit auf dem Sockel wie ein Denkmal, dem man mit Ehrfurcht begegnete. Aber die Herrschaft des Volkes, der Anspruch auf gleiche Freiheit und Selbstregierung sind voller Konflikte und Widersprüche. Die Geschichte der Demokratie handelt nicht nur von Wachstum, Fortschritt und Erfüllung, sondern ist einer immerwährenden Suche vergleichbar. Sie vollzog sich nie geradlinig, sondern geriet in schwere Krisen. Was ist, was war Demokratie? Geschichte und Gegenwart verschränken sich, und die Antworten können kaum eindeutig sein, sondern laden zum Nachdenken über die Zerrissenheit eines Versprechens ein.

Das Jahr 2011 wird als ein Jahr der Demokratie in die Geschichte eingehen. Die Suche nach Freiheit und politischer Selbstbestimmung hat Menschen überall auf der Welt aufgerührt und auf die Straßen getrieben. Diktatoren wie Gaddafi sind gestürzt, autoritäre Regierungen vertrieben worden. Und doch lassen sich die Proteste nicht als ein strahlender Triumphzug der Demokratie lesen. Bürgerinnen und Bürger engagierten sich mit gemischten Gefühlen: Neben der Hoffnung auf freie Verhältnisse und bessere Zeiten, neben einem unbändigen Optimismus standen tiefe Ängste und Sorgen angesichts demokratischer Zustände, die für viele diesen Namen immer weniger verdienen. Nicht nur Diktaturen erfuhren die Wut ihrer Untertanen – auch in etablierten Demokratien des Westens artikulierten «Wutbürger» ihr Unbehagen gegenüber politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen, in denen sie sich wie entmündigte Untertanen fühlen: machtlos und ausgeliefert an anonyme Systeme. Das Jahr der Demokratie erfüllte manche Träume, war aber zugleich ein Jahr der tiefen Krise und der Suche nach Demokratie jenseits der ausgetretenen Pfade.

Der «arabische Frühling» bestätigte die Erwartungen derjenigen, die von einem letztlich unaufhaltsamen Siegeszug demokratischer Verfassung überall auf der Welt überzeugt sind. Am südlichen Rand des Mittelmeers und auf der arabischen Halbinsel, von Marokko bis Ägypten und von Syrien bis Jemen, erhoben sich Menschen gegen die verkrusteten und unfreien politischen Verhältnisse ihres Landes. Sie verlangten nach freien Wahlen und bürgerlichen Rechten, nach Teilhabe an der politischen Gestaltung ebenso wie nach freierer Luft zum Atmen in den allgemeinen, auch privaten Lebensumständen. In Tunesien und Ägypten mündeten die Ereignisse, einschließlich des Sturzes der bisherigen Regime, in eine regelrechte Revolution; in Libyen in einen Bürgerkrieg mit westlicher Intervention auf Seiten der Rebellen; in Syrien bislang in eine blutige Selbstbehauptung des Ancien Régime.

Nordamerika und Europa erschraken, als der Volksprotest bewährte Bundesgenossen und vermeintliche Stabilitätsanker wie den ägyptischen Präsidenten Mubarak zu Fall brachte. Der Westen staunte, dass Bürgerinnen und Bürger überwiegend islamisch geprägter Staaten für Freiheit und Demokratie kämpften. Und die etablierten Demokratien fühlten sich letztlich bestätigt in ihrer Auffassung, dass Demokratie nicht eine kulturell-politische Besonderheit des Westens sei, die in anderen Regionen der Welt, angesichts unterschiedlicher Traditionen und Wertvorstellungen, unpassend bleiben müsse. Weil der Funke der «Arabellion» so schnell von einem Land zum andern übersprang, wurden in Europa Erinnerungen an den «Völkerfrühling» des 19. Jahrhunderts wach, an die eigenen Proteste gegen selbstverliebte Monarchien und für bürgerliche und politische Freiheitsrechte, wie sie in der Revolution von 1848/49 kulminierten. Wie damals kamen auch im 20. Jahrhundert die Fortschritte der Demokratie häufig in Wellen, in verdichteten Schüben wie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg oder wie 1989. Das Jahr 2011 könnte also eine neue Welle der globalen Demokratisierung einläuten und die vermeintliche Unfähigkeit der arabischen Welt (und in anderer Perspektive: des Islam) zu freiheitlicher, partizipatorischer Verfassung widerlegen.

Ob demokratische Proteste auf lange Sicht in stabile demokratische Institutionen münden, und ob diese wiederum in eine freizügige «offene Gesellschaft» nach dem Muster des Westens eingebettet werden können, ist jedoch noch alles andere als gewiss. Auch auf die Revolutionen von 1848 folgten Rückschläge und neue autoritäre Verhältnisse, nicht zuletzt in Deutschland. Die Demokratie der Institutionen, etwa

von freien Wahlen und Parlament, durch eine gelebte und gefühlte Demokratie der Bürger abzusichern und zu erweitern dauerte auch im «Westen» oft viele Jahrzehnte, zum Beispiel in der Bundesrepublik seit 1949. Für westliche Überheblichkeit besteht aber schon deshalb kein Anlass, weil die eigenen politischen Zustände nicht mehr so gefestigt und selbstverständlich erscheinen, wie das gegen Ende des 20. Jahrhunderts, zumal nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa, der Fall war.

Auch für diese neuen Zweifel verdient das Jahr 2011 einen Eintrag im Geschichtsbuch. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 nehmen immer mehr Menschen die demokratische Politik als Spielball einer entfesselten kapitalistischen Logik von Profit und Spekulation wahr statt als Anwältin der Bürgerinteressen. Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone und in den USA hat für viele den endgültigen Beweis einer Unterwerfung der Demokratie unter die Finanzmärkte und die Macht der Banken geliefert. Die gewählten Politiker und die Parlamente wirken bestenfalls hilflos und überfordert, schlimmstenfalls mit den Finanzinteressen im Bunde gegen die Wählerinnen und Wähler, deren Interessen sie doch eigentlich vertreten sollten. Die «Occupy»-Bewegung im Herbst 2011 brachte deshalb die Forderung nach Demokratie auch auf die Straßen und Plätze westlicher Hauptstädte und Finanzzentren, von New York bis nach Frankfurt und Berlin. Und immer häufiger begehren die Bürger jenseits der globalen Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft auf, in ihrer eigenen Heimat, in ihrer städtischen und regionalen Lebenswelt. Wie bei den Protesten um das Bahnprojekt «Stuttgart 21» in Baden-Württemberg stellen sie Entscheidungen der Eliten in Frage. Ein demokratisches Mandat durch Wahl und Mehrheit genügt nicht mehr, um dem Handeln eines Bürgermeisters oder Ministerpräsidenten Glaubwürdigkeit und breite Akzeptanz zu verleihen. Die Demokratie wird zur Rechenschaft gezogen.

In der neuen Figur des «Wutbürgers» hat sich diese Unzufriedenheit prägnant verdichtet. Der Begriff bringt mehr als ein momentanes Unbehagen zum Ausdruck. Wut staut sich auf, bevor sie sich Luft macht. Zur Vorgeschichte des Wutbürgers gehört deshalb eine über mindestens zwei, drei Jahrzehnte gewachsene Enttäuschung über die Mechanismen der klassischen demokratischen Politik. In der Bundesrepublik hat die Wahlbeteiligung schon in den 1970er Jahren einen historischen Höhepunkt überschritten. Politische Parteien tun sich schwer, jüngere Menschen als Mitglieder zu gewinnen. Die Distanz gegenüber dem

Wahllokal und der Parteiversammlung verstärkt wiederum den Eindruck, Politik werde von «den anderen» gemacht. Sind Parlamentarier noch Volksvertreter, oder haben sie sich, gemeinsam mit hohen Bürokraten, Lobbyisten und anderen Eliten zu einer politischen Klasse ver selbstständig? Eine Kluft ist gewachsen, an deren fernem Ende die gewählten Politiker weniger als Repräsentanten der Bürgerinteressen erscheinen, sondern mehr wie eine Obrigkeit in vordemokratischen Zeiten, gegen die Freiheitsspielräume verteidigt oder zurückerobert werden müssen. Damit sind die Proteste in Westeuropa und Nordamerika von denen in der arabischen Welt gar nicht mehr so weit entfernt, wie es zunächst aussieht.

In eine antidemokratische Bewegung ist das Unbehagen an der etablierten Demokratie jedenfalls nicht umgeschlagen. In Anlehnung an Sigmund Freuds «Unbehagen in der Kultur» von 1930 könnte man also sagen: Es handelt sich um ein neues Unbehagen nicht «an» der Demokratie, also ihr gegenüber und mit einer Alternative zu ihr, sondern um ein Unbehagen «in» der Demokratie, also geradezu: im Angesicht ihrer Unausweichlichkeit und Alternativlosigkeit. Denn wir können der Demokratie so wenig entkommen (wollen) wie der Kultur. Angesichts historischer Erfahrungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, etwa in Deutschland während der Weimarer Republik, ist das alles andere als selbstverständlich. Im Gegenteil: Über Frustration und Wut hinweg bildet der Wunsch nach einer Einlösung demokratischer Versprechen ein Leitmotiv der neuen Proteste. Demokratie, so wie sie ist, wird gewogen und für zu leicht befunden. Ob die Bürger in den letzten Jahrzehnten tatsächlich politischen Einfluss verloren haben, den sie früher schon einmal besaßen, oder ob Parlamentarier sich von den Bürgern weiter entfernt haben, ist nicht leicht zu sagen. Zugleich sind nämlich die Erwartungen an demokratische Regierungssysteme gestiegen ebenso wie an das Engagement von Bürgern, deren demokratische Rolle sich nicht mehr in der des Wählers erschöpft.

So drückt sich in der neuen Unzufriedenheit mit der (repräsentativen, parlamentarischen) Demokratie nicht so sehr deren politische Erstarrung aus, sondern eher die Dynamisierung demokratischer Erwartungen und Handlungsformen im Westen seit den 1970er Jahren. Parteiensysteme haben sich keineswegs als verkrustet erwiesen, sondern als wandlungsfähig und offen für Innovationen – Deutschland ist ein besonders wichtiges Beispiel dafür, mit dem Aufstieg der Grünen, der Etablierung der Linkspartei und vielleicht neuerdings mit den «Pi-

raten». Die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichem Protest und ihr Zusammenschluss jenseits von Parteien – von der Bürgerinitiative im Stadtviertel bis zu den «Global Players» der Zivilgesellschaft wie Greenpeace, Human Rights Watch oder attac – ist nicht nur ein Vehikel der Forderung nach mehr und anderer Demokratie. Mobilisierung, Vernetzung und bürgerliches Selbstbewusstsein sind vielmehr selber Ausdruck von Veränderung und Vitalität der Demokratie.

Jedenfalls ist die Lage am Beginn des 21. Jahrhunderts keineswegs so eindeutig, wie die Triumphgefühle der einen oder die Verzweiflung bei anderen nahelegen mögen. Eindeutig ist nur, dass die Demokratie, die nach 1945 gerade in Deutschland klar umrissene Grenzen zu haben schien, jetzt unsicherer, amorpher, vielgestaltiger geworden ist. Die «freiheitlich-demokratische Grundordnung»: Man hatte sie, oder man hatte sie nicht. Die den Deutschen zuvor so lange flüchtige Demokratie war nun endlich im Grundgesetz eingehaust, und es galt, sie gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Diese Perspektive hat 1989/90 ihren Höhepunkt erreicht, mit der Ankunft der ehemaligen DDR-Bürger in der bundesdeutschen Demokratie. Im ganz unzweifelhaften Gewinn, den der Sturz von Diktaturen und die Demokratisierung Ostmitteleuropas bedeuteten, sind aber die inneren Wandlungen der westlichen Demokratie zu wenig beachtet worden. Auch ihre äußeren Bedingungen haben sich geändert, seit die goldenen Nachkriegsjahrzehnte von stetig wachsendem Wohlstand und sozialer Sicherheit vor einer Generation zu Ende gegangen sind. Eine neue Dynamik des globalen Kapitalismus hat Wohlstand in andere Teile der Welt getragen, im alten Westen aber Ungleichheiten verschärft. An die Stelle kollektiver Verbindlichkeiten und öffentlicher Leistungsgewährung sind Kommerzialisierung und eine Freisetzung des Individuums getreten. Die politischen Wirkungen sind kompliziert, wie das Beispiel der Individualisierung besonders eindrücklich zeigt: Menschen fallen durch die nicht mehr so engen Maschen sozialer Netze und politischer Zugehörigkeit, aber sie haben seit den 1970er Jahren auch neue Freiheit und neue Handlungsmacht gewonnen. So sind nicht zuletzt die Frauen erst seit dieser Zeit in vollem Sinne in die Demokratie eingetreten, obwohl sie schon ein halbes Jahrhundert über das Wahlrecht verfügt hatten.

*

Wenn diese Veränderungen so mehrdeutig, so vielschichtig sind, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart der Demokratie jenseits der vorschnellen Urteile. Auch die Wissenschaftler sind sich derzeit nicht einig in ihren Diagnosen. In der Politikwissenschaft, vor allem in der politischen Theorie, folgen manche den Frustrationen und der Demokratieermüdung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, vor allem der jüngeren Generation. Danach hat die westliche Demokratie am Anfang der 1970er Jahre einen Höhepunkt überschritten und befindet sich seitdem in Abstieg und innerer Entleerung. Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung haben, dieser Sichtweise zufolge, nicht nur eine tiefe Krise demokratischer Herrschaft und bürgerlicher Partizipation ausgelöst, sondern markieren eine denkbar tiefe historische Zäsur – das Ende von zweihundert Jahren westlicher Demokratiegeschichte. Seitdem treten wir in eine neue Ära politischer Entmündigung jenseits der klassischen autoritären Herrschaft ein, für den Colin Crouch den Begriff der «Postdemokratie» geprägt hat.

Historiker sind da naturgemäß skeptisch, denn sie wissen: Die Demokratie hat schon viele Wandlungsprozesse und Krisen durchlaufen. Sie wissen auch, dass Menschen (auch Wissenschaftler!) dazu neigen, ihre eigene, zufällige Gegenwart zum Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte zu stilisieren. Ganz ähnlich ist in den 1960er und 70er Jahren vom «Spätkapitalismus» die Rede gewesen, als stehe das Ende des Kapitalismus bevor, der in Wirklichkeit kurz darauf in eine besonders dynamische Phase seiner Geschichte eintrat. Wie der Spätkapitalismus steht die Rede von der Postdemokratie in einer linken, marxistischen Tradition. Das verleiht ihr kritisches Potential und zeitdiagnostische Kraft, verleitet sie aber zu einer Unterschätzung der historischen Beharrungskraft und der prinzipiellen Bedeutung liberaler Demokratie. Der von empirischen Sozialwissenschaftlern – gerade auch des «linken» Spektrums! – immer wieder scharf herausgearbeitete Aufstieg einer «Basisdemokratie» der unmittelbaren Bürgerbeteiligung und des zivilgesellschaftlichen Engagements kommt dagegen in der düsteren Vision von der «Postdemokratie» kaum vor.

Genauso unbefriedigend ist aber das Horn des Triumphes, in das ein anderer Teil der Politikwissenschaft mit überbordendem Optimismus stößt. Danach kann von einem Niedergang der Demokratie gar keine Rede sein, die sich vielmehr, trotz einzelner Rückschläge, unaufhaltsam über immer größere Teile der Welt ausbreitet. Am Ende dieses Prozesses wird ihre universelle Ausbreitung stehen, die schon im historischen

Keim des demokratischen Gedankens und in der fundamentalen Überlegenheit von Freiheit über Unterdrückung angelegt war. Diese Sichtweise wiederum verengt Demokratie auf einen institutionellen Bausatz aus Grundrechten, freien Wahlen, parlamentarischer Regierung und ein paar anderen Zutaten und kann die inneren Wandlungen, auch die inneren Gefährdungen eines solchen Patentregimes nicht erfassen. Sie macht den umgekehrten Fehler wie die Postdemokrater: Während diese nämlich die Geschichtlichkeit (und damit die Vergänglichkeit) der Demokratie überschätzen, manchmal bis an die Grenze einer leichtfertigen Preisgabe der Demokratie, unterschätzen die Triumphalisten ganz eklatant ihre historische Gewordenheit und Offenheit, ihre «Kontingenz». Denn der Siegeszug der Demokratie ist alles andere als unvermeidlich, und es könnte tatsächlich irgendwann eine andere Form politischer Herrschaft geben, deren Form wir noch nicht kennen.

So sind die wissenschaftlichen Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart der Demokratie alles andere als einheitlich, und keineswegs objektiv, sondern vielmehr vom jeweiligen Standpunkt und von der Richtung des Blickes abhängig. Immer wieder lassen sich «Optimisten» und «Pessimisten» unterscheiden. Von ihrem politischen Standort her neigen Liberale und zivilgesellschaftlich inspirierte Linke eher zu einer optimistischen Sicht, Theorielinke und zumal Vertreter marxistischer Ansätze eher zum Demokratiepessimismus. Aber auch unabhängig von der eigenen politischen Position sind Theoretiker (und Theoretikerinnen, wie in der feministischen Demokratiedebatte) in der Regel skeptischer als empirische Forscher, die mehr die praktische Vielheit und Dynamik im Blick haben als die prinzipiellen Dilemmata und Grenzen von Demokratie. Eine andere Linie trennt, jedenfalls in der westlichen Forschung, die internationale Perspektive von der Binnensicht. Die einen sehen mehr die Gewinne in der globalen Ausbreitung von Demokratie, die anderen mehr die strukturellen Probleme im Innern westlicher Gesellschaften und formal konsolidierter Demokratien. Das verweist zugleich auf die Ungleichzeitigkeit demokratischer Erfahrung: Was viele Menschen im Westen langweilig und ausgezehrt finden, ist anderswo das höchste Gut, nach dem man zuallererst strebt: Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, ein funktionierendes Parlament, ein Rechtsstaat! Und schließlich sind, aufs Ganze gesehen, in der gegenwärtigen Unsicherheit über die Zukunft der Demokratie die Amerikaner – wie so oft – optimistischer als die von Selbstzweifeln mehr geplagten Europäer.

Will man zu einem ausgewogenen Urteil kommen, muss man unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden versuchen. Das gilt nicht nur für die Verschiedenheit politischer oder geographisch-kultureller Standorte, sondern auch für einen möglichst weiten Blick auf die praktische Gegenwartigkeit von Demokratie, denn sie manifestiert sich längst nicht mehr nur in Wahlen und Parlamenten. Und nicht zuletzt sollte eine historische Vergewisserung über die Demokratie in gegenwärtiger Absicht ein multidisziplinäres Unterfangen sein. Bloß eine Geschichte der Demokratie zu erzählen genügt nicht. Ebenso wenig genügen die oft unhistorischen Sichtweisen der Sozial- und Politikwissenschaften. Die empirisch orientierte Sozialwissenschaft muss ebenso einbezogen werden wie die Begriffsschärfe der Sozialtheorie und politischen Philosophie, die aber für sich genommen leer und wirklichkeitsfern bleibt. Geschichte, empirische Sozialwissenschaft und Sozialtheorie könnten also das Dreieck einer zeitgemäßen Demokratiewissenschaft bilden. Daran orientiert sich der folgende Versuch. So soll am Beispiel der Demokratie der Anspruch einer «Historischen Sozialwissenschaft» (Hans-Ulrich Wehler) erneut erprobt werden.

*

Triumphzug oder Ermüdung, vielleicht sogar Niedergang – wie lässt sich die Geschichte der Demokratie begreifen, in welcher «Tonlage» kann sie heute am besten geschrieben werden? Auch hier kann eine eindimensionale, bloß lineare Sichtweise nicht mehr befriedigen. Am Anfang des 21. Jahrhunderts wissen wir zu viel über die Demokratie, um uns mit einfachen Antworten, so verlockend sie auf den ersten Blick sein mögen, zufrieden geben zu können. Wir sind aufgeklärt und abgeklärt zugleich: weithin einig in der Wertschätzung freier Regierung und freien Lebens und doch ernüchert gegenüber den utopischen Verheißungen, die sich damit einst verknüpft haben. Aber daraus muss nicht Beliebigkeit folgen. Dieses Buch versucht die Geschichte und Gegenwart der Demokratie in drei Perspektiven zu verstehen und zu erzählen: als eine Erfüllungsgeschichte, eine Suchbewegung und eine Krisengeschichte. Seit den Anfängen der modernen Demokratie im 18. Jahrhundert, vielleicht sogar schon seit der klassischen Demokratie Athens vor zweieinhalbtausend Jahren, haben sich Erfüllung, Suche und Krise ständig überlappt und ineinander verflochten.

Demokratie als *Erfüllungsgeschichte*: Das ist die klassische Erzählung der westlichen Moderne, die in Aufklärungsdenken, Fortschrittsglauben und Liberalismus wurzelt. Freiheit und Gleichheit erscheinen darin als ein ursprüngliches Versprechen, das über die Jahrhunderte immer weiter und besser eingelöst werden konnte. Dabei mag man den Ursprungsmoment bereits im Athen des 6. oder 5. Jahrhunderts v. Chr. sehen, denn auf dieses Muster haben sich die Forderungen nach «mehr» und «besserer» Demokratie häufig bezogen – bis heute, wenn es zum Beispiel um die direkte Herrschaft in der Volksversammlung oder Volksabstimmung geht. Der wichtigste Anker der modernen Fortschritts- und Erfüllungsgeschichte von Demokratie aber sind die Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts in Nordamerika und Frankreich. «All men are created equal»; allgemeine Menschen- und Bürgerrechte; die Republik als freie Regierung anstelle der monarchischen Despotie: Diese Forderungen wirkten als Keimzelle, als eine Art genetischer Code, der sich in den folgenden beiden Jahrhunderten Stück für Stück entfaltet hat. Die Wirklichkeit konnte an den kühnen Versprechen gemessen werden. Sind wirklich «alle Männer gleich geschaffen»? Dann mussten Vermögensschranken der politischen Teilhabe verschwinden. Nur weiße Männer? Auch eine andere Hautfarbe qualifizierte, selbst wenn das lange und hartnäckig, sogar extrem blutig bestritten wurde, zu persönlicher Freiheit, Bürgerschaft und politischer Mitsprache. Und sollte das «gleich geschaffen» und gleich berechtigt nicht für alle Menschen gelten? Dann musste die Geschlechtergrenze irgendwann fallen, auch wenn das bis weit ins 20. Jahrhundert dauerte.

Mit dem Fortschrittsgedanken verbindet sich also jener der Universalität, der Allgemeingültigkeit, auch in räumlicher Hinsicht. Während Republiken und (Proto-)Demokratien am Anfang des 19. Jahrhunderts exotische Ausnahmen darstellten, hat sich die Weltkarte seitdem in vielen Etappen demokratischer gefärbt. So entfaltet sich neben der inneren Erfüllungsgeschichte, also der Demokratisierung und Inklusion in einzelnen Gesellschaften, auch eine äußere der globalen Expansion. In postmodernen, aufklärungs- und fortschrittsskeptischen Zeiten sind viele Menschen – zumal im Westen – gegenüber dieser Perspektive kritisch, teils geradezu allergisch geworden. Wenn man die Erfüllungsgeschichte von ihrem geschichtsphilosophischen Ballast befreit, bleibt sie jedoch unverzichtbar, weil sie einen wichtigen Teil der empirischen Wirklichkeit einfängt. Dazu gehören auch bittere Konflikte und Kämpfe um das Versprechen der Demokratie. Harmonisch ging es bei den

Fortschritten der Freiheit kaum jemals zu. Und schließlich bleiben die ursprünglichen Anker dieses Versprechens auch ein kritischer Stachel in der Gegenwart. Wenn allen Menschen gleiche Freiheit zusteht, warum lebt dann in deutschen Städten seit Jahrzehnten ein großer Teil der Bevölkerung ohne allgemeines Wahlrecht?

Dennoch – die Perspektive von Versprechen und Erfüllung reicht nicht aus. Die Geschichte der Demokratie war immer auch eine *Suchbewegung* in einer offenen Situation. Auch wenn radikale Visionäre im 18. Jahrhundert ihrer eigenen Zeit weit voraus waren, auch wenn sich an der Grundidee zentraler Institutionen wie des Parlaments seit zweihundert Jahren erstaunlich wenig geändert hat: Natürlich wusste damals noch niemand, wohin Idee und Praxis der Demokratie in den nächsten Generationen führen würden. Erst recht war die Situation immer wieder offen und voll von ganz neuartigen Herausforderungen, weil sich politische Herrschaftsformen seit der Amerikanischen und Französischen Revolution nicht in einer stabilen Gesellschaft weiterentwickelten. Im Gegenteil, es begann eine der tiefsten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte: die Ablösung des europäischen Feudalismus durch individualisierte Marktgesellschaft und kommerziellen Kapitalismus; die Industrielle Revolution; der große Zug vom Land in die werdenden Großstädte; die Umwälzung von Kommunikation und Verkehr. Angesichts dieser stürmischen Veränderungen musste immer wieder neu überlegt werden, was Demokratie eigentlich heißen konnte. Neue Chancen standen offen, aber es bildeten sich auch neue Barrieren. Bürokratischer Staat und Großunternehmen standen für Hierarchie und Kontrolle, nicht für Gleichheit und Partizipation. Soziale Ungleichheit verschärfte sich – und gab zugleich Anstoß für die Suche nach neuer und erweiterter Demokratie für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung.

So lässt sich der Sozialismus mit all seinen vielfältigen Ideen und Strömungen als die vielleicht wichtigste demokratische Suchbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts verstehen. «Es muss doch möglich sein», so lautete das Grundmotiv dieser und vieler anderer Fragen und Suchen immer wieder: Demokratie jenseits krasser Besitzunterschiede zu etablieren; sie nicht nur in der Politik, sondern auch im Betrieb anzuwenden; vielleicht auch: auf diesem Wege Herrschaft von Menschen über Menschen ganz verschwinden zu lassen. Die Suche führte an bisherige Grenzen der Demokratie und über sie hinaus. Das war ein schwieriges Unterfangen, denn das so erschlossene Neuland erwies sich

oft als tragfähig für eine demokratische Erweiterung, teils aber auch als Nährboden für ganz andere politische Regime und sogar für eine neue Unfreiheit. Für die Aporien dieser Suche steht besonders der Weg Lenins und des russischen Bolschewismus in die kommunistische Diktatur. Das Suchprinzip als solches war damit jedoch nicht diskreditiert; die Demokratie nicht zur Erstarrung in ihren bürgerlichen Formen um 1900 gezwungen. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist voll von neuen Anläufen und Experimenten, Freiheit und Partizipation zeitgemäße und effektive Gestalt zu geben. Das wichtigste Feld dieser Suche bildet die Demokratie des Protests, der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft, mit der die Demokratie von Parteien und Parlamenten um heute unverzichtbare Dimensionen erweitert wurde. Auch dabei ging es – und geht es bis heute – nicht harmonisch zu, sondern spannungs- und konfliktreich und bisweilen gewaltsam.

Schließlich ist die Geschichte der Demokratie immer auch *Krisengeschichte*. Das klingt zunächst vielleicht trivial, erinnert aber an zusätzliche Aspekte dieser Geschichte, hilft bei der Gegenwartsdiagnose und sagt etwas über die besondere Eigenart der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform aus. Wenn man, wie das hier geschieht, die Konflikthaftigkeit demokratischer Entwicklung besonders betont, also den Streit um Demokratie, mit welchen Mitteln auch immer er ausgetragen wurde, dann sind die Krisen der Demokratie nicht weit entfernt. So gesehen, kehrt sich die Perspektive der «Erfüllungsgeschichte» geradezu um: Wir sehen nicht den unaufhaltsamen Aufstieg einer Idee, die unwiderstehliche Einlösung eines Versprechens, sondern eine stolpernde, eine unsichere, von innen und außen immer wieder in Bedrängnis geratende Demokratie. Das gilt schon früh und ganz unmittelbar: Die unabhängigen nordamerikanischen Republiken und das revolutionäre Frankreich mussten sich in Kriegen gegen die feindlichen europäischen Monarchien behaupten. Später war Hitlers Nazi-Deutschland kurz davor, die Demokratie von der europäischen Landkarte vollständig zu tilgen. Weniger spektakulär, aber nicht weniger gefährlich waren die inneren Krisen: Im 19. Jahrhundert lassen sich immer wieder Weggabelungen erkennen, an denen die Demokratie sich in Richtung einer verkrusteten Elitenherrschaft hätte entwickeln können, statt den Weg der Egalisierung und Inklusion zu gehen. So entwickelten die Sklavenbesitzer in den amerikanischen Südstaaten ihre ganz eigene Auffassung von «Demokratie».

Die bisher tiefste innere Krise jedoch hatte ihr Zentrum in Europa während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Damals breitete

sich die Überzeugung aus, die Demokratie habe den Höhepunkt ihres Lebenszyklus überschritten, weil sie mit der liberal-bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts entstanden sei und mit dieser auch wieder vergehen müsse. Dahinter nämlich erschienen die Umriss einer zugleich wissenschaftlich-technokratischen und massenhaft-kollektiven Gesellschaft, die nach neuen Formen der autoritären Führung zu verlangen schien und individuelle Rechte gering achtete. Das rückt die gegenwärtige Krisenstimmung in Perspektive, denn verglichen mit der «großen Krise» der Demokratie vor etwa achtzig bis hundert Jahren weht heute nur eine leichte Brise der Skepsis – und nicht zuletzt: die explizite Alternative, die damals Diktatur hieß, fehlt heute. Aber die früheren Krisen können auch als Warnung gelesen werden, nicht vorschnell und ungeprüft von einer historischen Abenddämmerung der Demokratie zu sprechen. Denn ganz ähnliche Argumente haben freie persönliche und politische Verhältnisse schon einmal für historisch überlebt erklärt. Damals war eine vermeintlich nüchterne Analyse des Werdens und Vergehens von Demokratie in Wirklichkeit Angriff auf die Demokratie und Selbstpreisgabe. Jedoch kann sich die Demokratie deshalb gegen Kritik, auch gegen die schärfste Kritik, nicht immunisieren. Im Gegenteil, ihre Geschichte ist auch deshalb immer wieder eine Krisengeschichte, weil die Demokratie eine «schwache» Herrschaftsform ist, die sich selber dauernd in Frage stellt und noch ihre Gegner zur Kritik einlädt.

*

Wann und wo war die Geschichte der Demokratie? Sie vollzog sich zunächst in einem Stadtstaat, einer Polis, im östlichen Mittelmeer. Athen gehörte zu einer mediterranen und vorderasiatischen Zivilisation, die sich keineswegs als Teil, geschweige denn als Keimzelle des «Westens» sah, als die sie viel später oft vereinnahmt wurde. Im 17. und 18. Jahrhundert verlagerte sich das Gravitationszentrum in den nordatlantischen Raum, vor allem in die westliche Hälfte Europas und in die britischen Kolonien an der nordamerikanischen Atlantikküste. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ist dies der historische Kernraum demokratischer Ideen, Bewegungen und Regime gewesen. Hier liegt auch der räumliche Schwerpunkt dieses Buches, das keine Vorgeschichte der europäischen Demokratie sein will und auch deshalb den USA besondere Beachtung schenkt. Weil es sich zunächst vor allem an deut-

sche Leser wendet, kommt die Darstellung immer wieder auf die komplizierte Geschichte der Demokratie in Deutschland zurück. Besonders für das 20. Jahrhundert ist der «Fall Deutschland» aber auch grundsätzlich von Bedeutung, als ein Muster besonders radikaler Krisengeschichte mit weiten Pendelausschlägen zwischen mörderischer Demokratieverweigerung und demokratischem Musterschüler. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich die Geschichte von Demokratie endgültig global erweitert. In Indien etablierte sich die bevölkerungsreichste Demokratie der Erde und zugleich ein Muster für den Transfer von Demokratie in nichtwestliche Gesellschaften, wie er sich jüngst im arabischen Raum beschleunigt fortsetzt. Überhaupt ist die jüngere Dynamik der Demokratie, von internationalen NGOs bis zum Internet, an territoriale Grenzen immer weniger gebunden. Diese Entgrenzung jenseits des nordatlantischen Westens ist ein Fluchtpunkt der Darstellung, auch wenn eine wirkliche Globalgeschichte der Demokratie anders aussehen müsste.

In zeitlicher Dimension wird weit ausgeholt, aber keine strikt chronologisch angeordnete Geschichte erzählt. Die Kapitel des Buches folgen einem zeitlichen Faden, der von der Antike bis in die Gegenwart reicht. Doch geht es zugleich immer wieder um eine Problemdiskussion in systematischer Absicht. Die athenische Demokratie «war» nicht nur vor zweieinhalbtausend Jahren, sondern wirkt bis heute nach. Moderne Parteien sind im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert entstanden – das ist Anlass, nach den Wandlungen politischer Parteien bis in das beginnende 21. Jahrhundert zu fragen. Man kann das Buch gewiss als eine Geschichte lesen, von vorne bis hinten, von den Anfängen bis in die Gegenwart. Man kann aber auch an jedem beliebigen Punkt «einsteigen», um sich über eine bestimmte Episode, ein bestimmtes Grundsatzzproblem zu informieren und anregen zu lassen. Geschichte und Gegenwart sollen sich verbinden.

Das gilt noch in anderer Hinsicht: nämlich in dem Versuch, die Geschichte der Demokratie bis in das frühe 21. Jahrhundert zu führen. Damit ist nicht so sehr die Erwähnung bestimmter Ereignisse gemeint, vom Fall des Kommunismus bis zum arabischen Frühling, oder von der Etablierung der Grünen Partei bis zu Twitter und Wikileaks. Schwieriger ist nämlich der Entwurf eines Rahmens, in dem die jüngste Geschichte der Demokratie überhaupt erzählt – und das heißt ja: sinnhaft verdichtet – werden kann. Gerade in Deutschland dominierte lange Zeit (und teils bis heute) eine «Wiedergutmachungsgeschichte» der

Demokratie: Nach der Katastrophe von 1933 bis 1945 arbeitete sich das Land mühsam wieder in die Demokratie zurück, zunächst institutionell mit dem Grundgesetz, dann im Wandel von Mentalitäten in der westlichen Nachkriegszeit, schließlich auch mit der Einbeziehung der ehemaligen DDR. Diese Erzählung genügt nicht mehr. Denn wir sind nicht in einer Demokratie angekommen, die nach der Heilung einer furchtbaren Krankheit nunmehr immerwährende Stabilität verheißt. Wandlungen der deutschen Demokratie lassen sich längst nicht mehr mit einer Wiedergutmachung von Diktaturschäden erklären, sondern sind Teil einer viel breiteren – europäischen, westlichen, globalen – Dynamik von Demokratie geworden.

Der Fluchtpunkt dieser Dynamik, die sich besonders seit den 1960er Jahren entfaltet hat, ist nicht leicht zu fassen. Denn es ist nicht eine klare institutionelle Alternative zur klassischen Demokratie, die sich seitdem mehr und mehr herausbildet. Vielmehr verliert die klassische institutionelle Rahmung der Demokratie seitdem an Bedeutung, nämlich das repräsentative Regime von Wahlen, Parlamenten und parlamentarischer Exekutive. Demokratie franst aus, wird vielfältiger, tritt nicht notwendig institutionalisiert, jedenfalls nicht formal organisiert auf: etwa in sozialen Bewegungen, die keine Parteien mehr sind, oder in Menschenrechtsorganisationen, die für junge Menschen ebenso wichtig sind wie früher die Parteien, aber im Gegensatz zu diesen keine Erwähnung im Grundgesetz finden. Ein Grundzug der jüngsten Demokratiegeschichte ist die Aufwertung der unmittelbaren Bürgerbeteiligung, der Siegeszug der «partizipatorischen Demokratie». Aber darin geht die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht auf. Wie verhält sich die Europäische Union zur nationalen und zur Bewegungsdemokratie? Warum spielen Gerichtsentscheidungen eine so große Rolle? Was bedeutet es, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr primär – wie in der klassischen Demokratie – für ihre eigenen Interessen kämpfen, sondern für die Interessen anderer, die selber nicht sprachfähig sind? Aus der klassischen, vor allem repräsentativen Demokratie ist eine vielfältige, eine multiple Demokratie geworden.

Für das Verhältnis von Dauer und Wandel, von Stabilität und Veränderung interessieren sich Historiker immer. In der Geschichte der Demokratie wird man da gewiss fündig. Die Ideen und Grundprinzipien gleicher Freiheit, freier Regierung und freier Lebensführung haben sich als erstaunlich dauerhaft erwiesen, über allen gesellschaftlichen Wandel hinweg, und in sehr unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Trotz-

dem muss man sich hüten, darin so etwas wie anthropologische Universalien, also Grundbedingungen der menschlichen Existenz überhaupt, zu sehen. Nicht nur sind diese Ideen höchst unterschiedlich interpretiert worden; an vielen Orten und über lange Strecken waren sie auch in der europäischen Geschichte weithin unbekannt. Bemerkenswert ist auch die Stabilität praktischer und institutioneller Arrangements der Volksherrschaft: etwa der Gewaltenteilung oder des Parlamentarismus. Ihre Ablösung oder Neuerfindung ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich – und doch steht der institutionellen Kontinuität eine permanente Herausforderung und Erneuerung durch soziale Bewegungen gegenüber, die nicht erst seit dem späten 20. Jahrhundert ihre Fragen an die «etablierte» Demokratie richten.

Das Wirken solcher sozialen Protest- und Reformbewegungen lässt sich mindestens bis in das frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgen und bildet ein Leitmotiv dieser Geschichte der Demokratie. Ältere Schichten der Demokratie verschwinden nicht, sondern werden durch neuere ergänzt und «überschrieben». In der Gegenwart der Demokratie ist deshalb ihre Geschichte «aufgehoben» – nicht so sehr im dialektischen Sinne, sondern im Sinne eines Palimpsests: eines alten Schriftstücks, das immer wieder neu beschrieben wird, ohne dass die älteren Schichten ihre Lesbarkeit und Präsenz verlieren. Aber das Verhältnis von Dauer und Wandel hat auch eine normative Komponente. Demokratie kann uns nicht gleichgültig sein, weil sie die Existenzgrundlagen unserer freien Lebensverfassung betrifft. Sie ist offen, historisch kontingent, extrem flüchtig – und doch offenbar nicht beliebig. In der Demokratie fällt es schwer, sie zu definieren. Wo sie abhanden gekommen ist, sind die Defizite offensichtlich, und die Forderungen nach ihr klingen überall auf der Welt gleich: Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, unabhängige Gerichte, Schutz vor willkürlicher Verfolgung.

Darin scheint ein weiteres Spannungsfeld auf, das die Geschichte der Demokratie seit der Antike begleitet hat und als roter Faden dieses Buches immer wieder aufscheinen wird. Demokratie ist, einerseits, in ihrem Kern eine Verfassung der politischen Freiheit und Selbstregierung. Wo diese zentrale Dimension von Demokratie in Frage gestellt oder auch nur relativiert wurde, haben nicht nur die politischen Rechte und Freiheiten Schaden genommen. Die politische Demokratie – man könnte auch sagen: die «bürgerliche Demokratie» – lässt sich nicht gegen andere Typen von Institutionen oder Rechten aufrechnen. In der DDR hieß es gerne: Ihr habt politische Rechte, wir haben soziale Rech-

te, also sind wir mindestens quitt – oder sind die sozialen Rechte nicht sogar für die Menschen wichtiger? Diese Rechnung ist in der Geschichte der Demokratie niemals aufgegangen; im Extremfall bezeichnet sie den Unterschied zur Diktatur. Und doch ließ sich Demokratie noch nie auf die politische Verfassung, auf Herrschaft und Regierung im engeren Sinne einschränken, sondern drängte immer darüber hinaus. Die athenische Demokratie war einerseits eine ungemein «politische» Sache: Sie galt für die Polis, nicht für andere Lebensbereiche, in denen der Bürger Ehemann, Haushaltsvorstand, Handwerker oder Bauer war. Andererseits durchdrang die Demokratie schon damals weite Bereiche der Lebensführung, und die Bürger-Identität war nicht auf ein enges Segment politischen Handelns zu begrenzen. In modernen Gesellschaften entspricht dem die Spannung zwischen Demokratie als Herrschafts- und als Lebensform. Besonders seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist sie immer wieder als ein «way of life» interpretiert und gesucht worden. Ohne diese Sehnsucht nach einer Lebensführung in Gleichheit, Freiheit, Teilhabe und Selbstverwirklichung ist Demokratie seitdem nicht mehr vorstellbar. Dennoch kann der politische Kern der Demokratie in einem solchen, weit gefassten Ideal nicht seine spezifischen Konturen verlieren, ohne die politische Freiheit zu gefährden. Das ist weit mehr als eine abstrakte Frage: In der Entwicklung der Volksrepublik China scheint die Möglichkeit einer weithin offenen, modernen, liberalisierten Gesellschaft auf, der die politische Selbstbestimmung gleichwohl fehlt.

*

Angesichts eines so wichtigen, in Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen breit und kontrovers diskutierten Themas erstaunt es, dass eine Geschichte der Demokratie in letzter Zeit nur selten geschrieben wurde. Interessierte Leserinnen und Leser können bisher nur auf eine sehr begrenzte Auswahl von Titeln zurückgreifen, von denen die meisten in englischer Sprache vorliegen. Die wegen ihrer Originalität und intellektuellen Weite bemerkenswertesten Versuche, die auch den Verfasser dieses Buches immer wieder angeregt haben, sind eine knappe Skizze von John Dunn und jüngst, erst 2009 erschienen, die beeindruckende und umfangreiche Darstellung aus der Feder John Keanes. Beide zeichnen sich durch eine interdisziplinäre Perspektive aus, die Politikwissenschaft und Geschichte verbindet; beiden fehlt eine deutsche

Übersetzung. Beide richten sich zudem eher an ein fachlich vorgebildetes, wenn nicht wissenschaftliches Publikum.

So trifft dieser Versuch, Geschichte und Gegenwart, historische Entwicklung und grundsätzliche Probleme der Demokratie zu umreißen, hoffentlich auf Interesse. Seine Idealvorstellung ist die Neugier der Leserin und des Lesers, der Ausgangspunkt der Darstellung deswegen immer wieder das Prinzip der Physikstunde aus der «Feuerzangenbowle»: «Jetzt stellen wir uns mal ganz dumm». Was ist eigentlich Demokratie, warum gibt es Parteien, wie war das mit der Französischen Revolution oder dem Grundgesetz? Es rechnet zugleich damit, dass sich Neugier verführen lässt, auch einmal etwas komplizierteren Gedankengängen zu folgen. Wer sich genauer auskennt, wird darin Fachbegriffe wiedererkennen, wird Positionen der Theorie und der Forschung reflektiert finden, die zum Teil auch in den Literaturnachweisen dokumentiert sind. Für andere, für Einsteiger, bieten diese Hinweise die Möglichkeit zum vertieften Weiterlesen. Wem es an einer Stelle zu schwierig wird, der möge das Buch nicht gleich aus der Hand legen, denn mit jedem Abschnitt beginnt der Erklärungsversuch von neuem.

Die Gegenwart der Demokratie jedenfalls, die der Titel des Buches verspricht, findet sich nicht nur auf seinen letzten Seiten, sondern vom ersten Kapitel an und zieht sich als ein roter Faden durch die historischen Annäherungen hindurch. Viele Themen, viele historische Ereignisse und systematische Aspekte fehlen gleichwohl – enzyklopädische Vollständigkeit war nicht das Ziel und wäre bei einem solchen Gegenstand ohnehin nicht erreichbar, auch wenn eine gründlichere, zwangsläufig dann aber auch erheblich umfangreichere Geschichte der Demokratie wünschenswert bleibt. Wichtiger ist: Leserinnen und Leser sollen sich in diesem Buch selber wiederfinden können und bei der Lektüre erfahren: Demokratie ist nicht das, was einige andere veranstalten, sondern hat etwas mit mir zu tun, so wie sie seit jeher von Menschen gemacht wurde.

II Anfänge

Demokratie ist noch sehr neu und hat doch eine lange Geschichte. Sie beginnt vor mehr als zweieinhalbtausend Jahren, als athenische Bürger die Herrschaft des Volkes zum ersten Mal praktizierten – und ihr auch diesen Namen gaben. Etwas später erprobten die Römer den selbstverwalteten Staat ohne Könige: die Republik. Aber bald riss dieser Faden. Erst in viel jüngerer Erinnerung konnte die antike Demokratie als Vorgeschichte einer anderen, modernen gedeutet werden. In der Zwischenzeit war Demokratie in Europa unbekannt und passte nicht zu Gesellschaft, Politik und Kultur des christlichen Kontinents. Erst seit dem späten Mittelalter regten sich, vor allem in Städten, neue Ansätze bürgerschaftlicher Selbstregierung; später entstanden auch Republiken wie die der Niederlande. Aber erst im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, wurde demokratische Verfassung wieder vorstellbar, und für manche auch wünschenswert. Dennoch: Die Schwelle zur modernen Demokratie konnten auch der frühe Republikanismus und die Aufklärung noch nicht überschreiten.

1 Nicht wir:

Die Erfindung der Demokratie in Athen

Vor etwa zweieinhalbtausend Jahren entstand im östlichen Mittelmeerraum, auf der griechischen Halbinsel Attika, zum ersten Mal überhaupt in der Weltgeschichte Demokratie. Die Bürger von Athen überließen die Regierung ihrer Polis, also ihres stadtstaatlichen Gemeinwesens, nicht einem König, einem Tyrannen oder einer schmalen aristokratischen Elite, was weithin den kaum hinterfragten Normalfall darstellte, sondern regierten sich selbst: frei und einander gleich; durch die Übernahme von Ämtern und unmittelbar in der Volksversammlung. So haben es Generationen von Schülern im Geschichtsunterricht gelernt, und das historische Beispiel dient dabei bis heute zugleich als Sprungbrett für die Beschäftigung mit der Gegenwart, ja als eine Art archime-

discher Punkt der politischen Pädagogik, der Erziehung zur Demokratie. Die moderne Geschichts- und Altertumswissenschaft hat den Glanz des unmittelbaren, geradezu heroischen Vorbilds gehörig angekratzt, den der Griechenkult in der humanistischen Bildung seit dem späten 18. Jahrhundert gepflegt hatte. Die athenische Demokratie war weit von der Gegenwart entfernt; ihre Bürger würden sich in unserer Demokratie keineswegs sofort zurechtfinden. Das klassische Athen des 5. und 4. Jahrhunderts v. Chr., in dem sich diese Regierungsform entfaltete, hat den modernen «Westen» der Aufklärung oder gar die nordatlantische Nachkriegsordnung nicht vorweggenommen, sondern war Teil einer Welt mit ganz anderen Koordinaten. Ihr Kompass zeigte nicht nach West- und Mitteleuropa, sondern in die ägäische Inselwelt, nach Nordafrika und in den Vorderen Orient, wo schon früher Hochkulturen geblüht hatten.

Dennoch hat auch eine nüchterne und kritische Forschung der letzten Jahrzehnte das Bild von der Erfindung der Demokratie im antiken Griechenland nicht umgestoßen, vielmehr insgesamt bestätigt, und zum Teil sogar noch pointierter als früher gezeichnet. «Erfindung» heißt dabei aber nicht, dass die Athener durch intensives Nachdenken und Philosophieren über eine bessere Regierungsform auf die Demokratie gekommen wären, dass sie eine Blaupause der Demokratie angefertigt und diese anschließend planmäßig in Verfassung und praktische Politik umgesetzt hätten. Dazu fehlte ihnen schon das moderne Bewusstsein von Zeit und Fortschritt, das seit dem späten 18. Jahrhundert Republik und Demokratie als einen Auftrag der Geschichte und einen Entwurf für die Zukunft verstand. Die athenische Demokratie entstand also nicht zuerst in der Theorie, sondern entwickelte sich, langsam und in vielen Etappen, im praktischen Vollzug. Dass dabei eine «Demokratie» entstehen würde, war den Zeitgenossen vorher (oder auch währenddessen) nicht klar, zumal das Wort ihnen zunächst noch nicht zur Verfügung stand – es tauchte erst in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts auf, nach den Reformen des Perikles, als die entsprechende Verfassung bereits in mehreren Stufen ausgebaut war und ihre «radikale» Stufe erreicht hatte.

Insgesamt dauerte die Geschichte der athenischen Demokratie knapp drei Jahrhunderte. Sie begann mit den Reformen des Solon, der im Jahre 594 v. Chr. von seinen Mitadligen in das Amt des «Archon» gewählt wurde. Er sorgte für eine Entlastung der völlig überschuldeten und damit unfrei gewordenen Bauern und durchbrach die Vorherrschaft des

Adels in Politik und Gesellschaft durch ein Zensusystem. Politische Teilhabe bemaß sich jetzt an vier Vermögensklassen – das klingt nicht sehr demokratisch, erinnert aber an den späteren «Umweg» der modernen Demokratie von der ständischen Gesellschaft in die staatsbürgerliche Gleichheit über das Zensuswahlrecht. Seine Gesetze ließ Solon auf steinerne Tafeln schreiben. Das war das Signal für eine von Menschen gemachte, «gesetzte» Ordnung, die auch wieder veränderbar war. Die politischen und sozialen Verhältnisse leiteten sich nicht aus göttlicher Fügung ab, sondern konnten bewusst gestaltet werden.

Die zweite Hälfte des 6. Jahrhunderts stand im Zeichen der Alleinherrschaft des Peisistratos und seiner Söhne. Der Weg führte erst einmal weg von der Demokratie, doch schwächte die «Tyrannis» andererseits, ganz bewusst, den athenischen Adel. Daran konnte Kleisthenes anknüpfen, mit dessen Reformen im Jahre 508/507 die «klassisch» genannte Phase der athenischen Demokratie beginnt. Ausgangspunkt dafür war eine Neugliederung der Bürgerschaft, die die bisherigen adligen Verbände und vom Adel dominierten sozialen Abhängigkeitsverhältnisse durchbrach, die sogenannte «Phylenreform». Bisher waren die Phylen, als Untereinheiten der attischen Polis, von Adligen geführte Personenverbände gewesen. An die Stelle dieser vertikalen Gliederung trat eine horizontale, und eine Durchmischung der Bürgerschaft, indem Kleisthenes die neuen Phylen nach geographischen Kriterien bildete. Die Gebiete von Stadt, Binnenland und Küste wurden in je zehn Teile, «Trittyen» genannt, aufgeteilt; dann setzte man die Phylen im Losverfahren aus je einem Segment der drei landschaftlichen Gebiete zusammen. Sie galten fortan als Grundlage der politischen Vertretung, indem jede Phyle 50 Vertreter in den neuen «Rat der 500» entsandte. Modern gesprochen, waren das die Wahlkreise, deren Bürgerschaft sich ihre Repräsentanten wählte.

Bald darauf forderten die Perserkriege die ganze Aufmerksamkeit der Athener: mit der Schlacht bei Marathon 490 und der endgültigen Abwehr der Perser unter ihrem König Xerxes zehn Jahre später, maßgeblich gestützt durch Siege der athenischen Flotte in den großen Seeschlachten von Kap Artemision und Salamis. Der Krieg führte jedoch nicht in eine Beschränkung der Demokratie, im Gegenteil. Für die großen Ruderschiffe, die Trieren, benötigte man Ruderer-Krieger, die Bürger und nicht Sklaven sein mussten. Auf diesem Wege erlangten viele ärmere Athener das Bürgerrecht und die Teilhabe an der Demokratie. Bis zur Mitte des Jahrhunderts setzte sich dieser Prozess als Übergang

zur «radikalen» Demokratie fort. Der Areopag, also der alte Adelsrat, verlor seine Macht; diese verlagerte sich immer mehr in den Rat der 500 und unmittelbar in die Volksversammlung. Damit auch einfache Bürger an deren Sitzungen teilnehmen und Ämter übernehmen konnten, führten die Reformen des Perikles Diätanzahlungen ein. So ging die athenische Demokratie in eine zweite große Phase der militärischen Auseinandersetzung: in den Peloponnesischen Krieg, die Auseinandersetzung mit Sparta und dessen ganz anderer politisch-sozialer Ordnung in den Jahren 431 bis 404.

In der Schlussphase des Krieges geriet die Demokratie in eine schwere Krise; zweimal innerhalb von zehn Jahren trat ein oligarchisches Regime, teils von Sparta gestützt, an ihre Stelle. Im Jahre 403 jedoch stürzte die zweite dieser Oligarchien, das «Regime der dreißig Tyrannen». Die Demokratie wurde wiederhergestellt – und ging sogar mit neuem Selbstbewusstsein aus der Krise hervor. Das ist ganz wörtlich zu verstehen: Die Athener waren sich nun der Besonderheit ihrer politischen Ordnung mehr als zuvor bewusst, sprachen positiver von ihr; sie huldigten ihr gar in kultischer Verehrung und zeigten sich zu ihrer Verteidigung entschlossen. So erlebte die Demokratie in den nächsten Jahrzehnten, vor allem in der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts, eine neue Blütezeit. Ihr Ende kam in neuen außenpolitischen Konstellationen des östlichen Mittelmeerraums, vor allem mit dem Aufstieg der makedonischen Herrschaft Philipps II. und seines Sohnes Alexanders, «des Großen». Angesichts des machtvollen Ausgreifens der Makedonen nach einem Weltreich konnten die griechischen Stadtstaaten, auch Athen, ihre äußere Vormachtstellung nicht bewahren und verloren im Gefolge auch die Autonomie über ihre innere Verfassung. Im Jahre 322 endete die athenische Demokratie, als der größte Teil der Bürger in einer neuen Verfassung seine politischen Rechte verlor.

Wenn die Demokratie sich in vielen Etappen, auch über Rückschläge und Krisen hinweg, etablierte und sozial ausdehnte, dauerte es erst recht längere Zeit, bis sie als solche überhaupt benannt werden konnte. Herkömmlich hatten die Griechen den Zustand eines Gemeinwesens nicht mit dem Wort für «herrschen» («kratein», wie später in Demokratie als Herrschaft des Volkes) beschrieben, sondern mit ihrem Wort für Gesetz und Ordnung, «nomos». Davon leitete sich der Begriff «Eunomie» ab: die gute Ordnung, deren Vorzug vor allem in ihrer Stabilität und Ausgewogenheit gesehen wurde, nicht in einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung. Die Normalität der guten Ordnung war eine

aristokratische, in der eine Minderheit von bevorrechtigten oder reichen Männern die politischen Geschäfte führte und Entscheidungen traf. In einer Tyrannis dagegen, in der Alleinherrschaft eines Mannes, geriet die gute Ordnung auch schon für die vordemokratischen Athener aus den Fugen. Für den Übergang zur Demokratie spielte ein anderer Begriff eine entscheidende Rolle, der sich etwa um das Jahr 500 als Leitbild etablierte: die «Isonomie», was übersetzt etwa Gleichordnung, oder Ordnung der (untereinander) Gleichen, bedeutet. Insofern führte der Weg in die Demokratie nicht zuerst über den Gedanken der individuellen Freiheit wie in der modernen Variante seit dem 18. Jahrhundert, sondern über die Idee der Gleichheit. Mit ihr war freilich keine soziale bzw. sozialökonomische Gleichheit gemeint, sondern eine staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Isonomie bezeichnete eine Ordnung, in der alle Bürger auf prinzipiell gleiche Weise in die Regelung der politischen Angelegenheiten einbezogen waren; oft wurde das Wort nahezu synonym mit Demokratie benutzt. Spät, seit der Mitte des 4. Jahrhunderts, kam der Begriff der «politeia» auf, gelegentlich deutsch als «Politie» übertragen, und bezeichnete eine gute und verfassungsmäßige Ordnung, die eine Demokratie sein konnte oder – wie bei Aristoteles – eher eine Mischung aus ihr und einer Aristokratie, weil er der reinen Volksherrschaft misstraute.

Von Demokratie sprach man schon einige Jahrzehnte früher viel häufiger, besonders nach dem Ausgang aus den Krisen und Oligarchien am Ende des Konflikts mit Sparta. Während die athenische Verfassung nun einerseits hochgeschätzt wurde, traten auch skeptische und kritische Stimmen auf den Plan, die in wichtigen schriftlichen Quellen, vor allem in der politischen Philosophie des klassischen Athen, sogar überwiegen. Das Bewusstsein von der Demokratie mündete also auch in einen Streit über sie, zumindest in Uneinigkeit. In den Schriften des Aristoteles wie der «Politik» erschien Demokratie als eine Verfassungsform unter vielen, die man nach der Anzahl der Herrschenden in einem Dreier-Schema anordnete. Es konnte einer herrschen oder wenige – nämlich der Adel – oder alle: Das ergab Monarchie, Aristokratie (wörtlich: die Herrschaft der Besten) und Demokratie. Dabei eignete dem Wort «demos» schon damals eine Doppelbedeutung, die sich zum Teil bis in unsere Zeit erhalten hat. Es konnte nämlich das «Volk» im Sinne aller bedeuten, das heißt: der Gesamtheit der vollberechtigten Bürger. Es konnte aber auch die Nicht-Adligen oder die ärmeren Bürger meinen; dann ging die Bedeutung von Demokratie in die Richtung einer